

GRÜNE Rhein-Erft-Kreis – Programm Kreistagswahl 2004

GRÜNE KOMMUNALPOLITIK: GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

Seit zwanzig Jahren bereichern Bündnis 90 / Die GRÜNEN – kurz GRÜNE - auch im Kreistag die politische Bühne mit ihrer nachhaltigen, ökologischen und emanzipatorischen Politik. Diese Politik stößt Neues an, sie fordert auf zum Denken.

Seit ihrer Gründung versuchen GRÜNE, mit friedlichen und demokratischen Mitteln notwendige Veränderungen in Gesellschaft und im Umgang des Menschen mit der Natur aktiv voranzubringen. Gegen kurzfristige Interessen stellen GRÜNE eine vorausschauende Politik in den Mittelpunkt der Entscheidungen. Nachhaltiges Handeln auf allen Politikfeldern- und –ebenen: GRÜNE überprüfen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen für die Zukunft und orientieren daran konkretes Handeln. In einer globalisierten Welt haben alle Entscheidungen, auch die einer Region, immer Auswirkungen auf andere. GRÜNE im Rhein-Erft-Kreis stehen daher für eine Politik, die in diesem Sinn über den Wahltag hinaus, über den Kreis-Tellerrand hinaus Bestand hat.

Damit Nachhaltigkeit auch im Rhein-Erft-Kreis zum Tragen kommen kann, ist eine starke GRÜNE Kreistagsfraktion erforderlich. Ziel ist es, vor Ort und zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern eine Politik zu verankern, die den Menschen auch in kommenden Generationen Perspektiven und Lebensqualität in einer offenen und demokratischen Gesellschaft sichert.

GRÜNE wollen einen wirtschaftlich starken und ökologisch intakten Kreis, in dem Menschen gerne und gesund arbeiten, lernen, leben können. Ob das gelingen kann, liegt an Ihnen.

Mit einem eigenen Kandidaten zur Landratswahl bieten GRÜNE eine qualifizierte Alternative an, einen Kandidaten, der auf den genannten Grundlagen für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis handelt.

Das vorliegende Wahlprogramm stellt Ihnen Ansätze, Vorstellungen und Vorhaben verschiedener Themenfelder für eine Kreispolitik mit Zukunft vor.

GRÜNE sind das kritische und innovative Potenzial dieser Gesellschaft, GRÜNE Politik ist nicht nur machbar, sie ist unverzichtbar!

INHALT:

Frauen	<i>Politik von und für Frauen</i>	3
Kinder	<i>Unsere Kinder haben keine Wahl – aber wir</i>	4
Jugend	<i>Wenn wir nicht ändern, wird nichts bleiben wie es ist</i>	5
Schule	<i>Unsere Schulen müssen besser werden</i>	6
Soziales	<i>Eine solidarische Gesellschaft sichern</i>	9
Behinderung	<i>Behindert ist, wer behindert wird</i>	10
Alter	<i>Wohnen und Leben im Alter – Mitten in der Gesellschaft</i>	11
Kultur		12
Wirtschaft	<i>Nachhaltig Wirtschaften – Ökologisch Umbauen</i>	13
Energie	<i>Energiekreis – Ja Bitte</i>	16
Chemie	<i>Nachhalige Chemieproduktion</i>	17
Biotechnik	<i>Bionik und Biotechnologie – Ja! Gentechnik – Nein!</i>	18
Ansiedelung	<i>Innovative Ansiedlungspolitik</i>	19
Beschäftigung	<i>Beschäftigungspolitik – nachhaltig und innovativ</i>	21
Natur	<i>Landschaft und Natur schützen – Lebensqualität erhöhen</i>	23
Abfall	<i>Umweltgerechte Abfallwirtschaft</i>	25
Verkehr	<i>Lieber mit Bus und Bahn fahren als im Stau stehen</i>	27
Verwaltung	<i>Kommunen zwischen muffiger Behörde und der „Bürgermeister-AG“</i>	29

FRAUEN

Politik von und für Fraueninteressen ist für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN eine der wesentlichen Grundlagen der Arbeit. Die Geschlechterquote für Ämter und Mandate ist das eine. So ist beispielsweise die Reserveliste zur Kreistagswahl paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. Das andere ist die Ausformulierung der frauenpolitischen Ziele in allen Politikfeldern. Da Frauenpolitik also Querschnittsaufgabe ist, die überall wirksam werden muss, verzichten BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf die Ausformulierung eines eigenen Programmteils „Frauenpolitik“ und entwickeln die frauenpolitischen Ziele in den einzelnen Programmteilen

Die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Männern und Frauen muss auch im Rhein-Erft-Kreis tagtäglich erlebbar werden. Bis dieser Zustand erreicht ist, gibt es noch viel zu tun.

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch Gender Mainstreaming nicht erledigt hat. In allen Bereichen, nicht zuletzt beim Verteilen der öffentlichen Finanzen, muss darauf geachtet werden, in wie weit sich Maßnahmen auf Frauen und Männer auswirken.

Unabdingbar zur vollen Gleichberechtigung ist die unabhängige, eigenständige Existenzsicherung von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auch für Väter). In der öffentlichen Verwaltung ist durch das Landesgleichstellungsgesetz vorgegeben, was in der freien Wirtschaft durch freiwillige Vereinbarungen erreicht werden soll. Um diesen Prozess zu unterstützen soll die Stadt auf der einen Seite bei der Auftragsvergabe Frauenförderpläne in den Betrieben vorschreiben. Auf der anderen Seite familienergänzende Kinderbetreuungsplätze in ausreichendem Umfang vorhalten und dabei alle Möglichkeiten wie Tagesmütter, Kindertagesstätten, Horte und Betreuung in der Grundschule einbeziehen.

Durch das Gewaltschutzgesetz ist nun endlich auch Gewalt in Beziehungen öffentliche Angelegenheit. Flankierende Maßnahmen hierzu, wie Beratung und Betreuung der betroffenen Frauen ist eine Aufgabe, die die Kommunen für ihre Bürgerinnen leisten müssen. Die finanzielle Unterstützung des Frauenhauses Rhein-Erft-Kreis und der Gruppe „Frauen helfen Frauen“ reichen hier nicht aus. Die Gleichstellungsstelle muss regelmäßig überprüfen, in wie weit Frauen in Pulheim weitere Hilfe in dieser psychisch und sozial schwierigen Lage benötigen.

Bei Stadtentwicklung und Wohnungsbau sollen die Belange aller Bürger und Bürgerinnen gehört werden, insbesondere sind Frauengruppen und einzelne Frauen zu beteiligen, um Angsträume im öffentlichen Raum zu vermeiden, die Anforderung an den privaten und öffentlichen Personenverkehr mit allen Verkehrsmitteln zu berücksichtigen und in bestehenden Bebauungen gemachte Fehler zu korrigieren.

KINDER

Unsere Kinder haben keine Wahl, aber wir. Wir müssen uns der Verantwortung gegenüber der nachfolgenden Generation stellen. Veränderte Lebensgewohnheiten von Eltern, Medienkonsum, zunehmende Erwerbslosigkeit, psychische, physische und sexualisierte Gewalt sind Erfahrungen, die das Leben schon ganz kleiner Kinder nachhaltig beeinflussen und eine freie Persönlichkeitsentwicklung einschränken.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen eine Politik, die Schutz und Unterstützung für Kinder gewährt und ihnen Beteiligungs- und Selbsthilfemöglichkeiten gibt.

Für die Kinder wollen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag erreichen:

- Berücksichtigung von Kinderinteressen bei der Kreisplanung
- angemessene Wohnsituationen für sozial schwächer gestellte Lebensgemeinschaften mit Kindern aufsichtlich sichern
- kindgerechte Freizeit- und Kulturangebote fördern
- Öffnung des Jugendhilfeausschusses – der Kreis ist noch für Bedburg und Elsdorf zuständig - für neue Initiativen und Ansätze
- mittelfristig Abgabe der Aufgaben des Jugendamtes an Bedburg und Elsdorf
- im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion soll der Kreis die Kindertagesstätten mit klaren pädagogischen Zielen aussatten; die Kindergartenkinder sollten vor der Einschulung deutsch reden und verstehen können und in ihrem Sozialverhalten schulfähig sein
- Sicherung der Arbeit des Vereins FREIO, der zum Thema sexualisierte Gewalt an Kindern arbeitet, z.B. durch die Aufklärung für Eltern und Erziehungspersonen im Umgang mit Kinderpornographie und sexueller Gewalt
- Sicherung und Verbesserung der Gesundheitsvorsorge in Kindergärten und Grundschulen, keine Privatisierung dieser wichtigen Öffentlichen Aufgabe, Fortbildungen und Kampagnen für richtiges Bewegen, Ernähren, Sprechen und gesund Leben

JUGEND

Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben wie es ist. Dank GRÜNER Politik konnten 16-Jährige 1999 zum ersten Mal wählen. Jugendgemeinderäte bringen in vielen Kommunen Jugendinteressen bereits heute in die Entscheidungsprozesse ein. Jugendliche sollen mitreden und mitentscheiden.

Für die Jugendlichen wollen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- keine Rotstiftpolitik im Jugendbereich: die Investitionen von heute zahlen sich morgen aus
- die kommunale Initiativen durch den Kreis unterstützen, die diRhein-Erft-Kreiste Aktivitäten der Jugendlichen fördern
- darauf achten, dass dezentrale Treffs und Jugendzentren in den Kommunen vorhanden sind
- Sicherung der Jugendbildungsstätten in Guidel und Finkenberg
- die Elsdorfer und Bedburger Jugendlichen in die Jugendhilfeplanung einbeziehen
- betreute Wohngemeinschaften und Kleinstheime, um die Heimunterbringung zu vermeiden
- Sicherung der finanziellen und personellen Ausstattung der Drogenberatungsstelle (DROBS)
- Sicherung der finanziellen und personellen Ausstattung der Arbeit für Opfer sexualisierter Gewalt (FREIO)
- Unterstützung kultureller Aktivitäten von und für Jugendliche

UNSERE SCHULEN MÜSSEN BESSER WERDEN

Dies signalisieren uns nicht nur die internationalen Studien (wie Tims, Pisa und Iglu), auch die (Ausbildungs-) Betriebe klagen über Schwächen in Deutsch und Mathematik der Auszubildenden. Um einerseits wieder Anschluss an die internationale Spitze zu erreichen und andererseits einen guten landesweiten Standard zu erreichen, wollen GRÜNE Ernst machen mit dem weiteren Umbau unseres Schulsystems.

Für die allgemeinbildenden Schulen unserer Kommunen im Rhein-Erft-Kreis fordern wir daher:

- Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen aller Schulformen
- Verbesserte Angebote für besonders begabte Schüler auf allen Schulstufen
- Fordern und Fördern statt Selektion und Abschulung
- Förderkurse in den Schulferien auch für schwache Schüler
- Weiterentwicklung der Betreuungs- zu Lernangeboten
- Weiterer Ausbau der neuen Medien an allen Schulen
- Zusammenarbeit Schule und anderen Bildungsträgern
- Zusammenarbeit mit außerschulischen Förderern
- Intensivierung des Jugendaustausches und der Schulpartnerschaften
- Verstärkung der Elternmitarbeit in allen Gremien der Schulen
- Verstärkung des gemeinsamen Unterrichts für Behinderte und Nicht-Behinderte Kinder (wodurch sich möglicherweise auch neue Anforderungen an Räumlichkeiten ergeben!)
- Verbessertes und gesundes Essensangebot an allen Schulen (Schluss mit dem Süßigkeiten und Softdrinkverkauf durch die Hausmeister!)

Bei allen Überlegungen gilt es daran zu denken, dass Schülerinnen und Schüler heute anders lernen als je zuvor; die Internet- und Kommunikationsgesellschaft stellt mehr Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zur Verfügung als wir uns je vorstellen konnten; sie stellt aber auch und gerade deshalb unsere Schüler vor erhöhte Probleme bei der Auswahl und Bewertung der Informationen. Daher müssen Schüler heute lernen selbstständig und unter Zuhilfenahme der zur Verfügung stehenden Informationen Problemstellungen zu erkennen und zu lösen. Dem eigenständigen Lernen und Arbeiten kommt daher größere Bedeutung zu. Dies hat auch Auswirkungen auf die Struktur und die Beschaffenheit der Schule und der Räumlichkeiten, wie sie von den Kommunen und dem Rhein-Erft-Kreis den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden.

Für alle Schulen fordern wir daher

- Den Aufbau und Ausbau der Schulbibliotheken und Medienzentren an den Schulen
- Die intensive Zusammenarbeit mit den örtlichen Stadtbüchereien
- Räumlichkeiten an allen Schulen, in denen Schüler selbstständig und in Kleingruppen konzentriert ohne Lehreraufsicht arbeiten und lernen können

Auch die Anforderungen an die berufliche Ausbildung hat sich verändert. So sind z.B. mehr und mehr Fremdsprachenkenntnisse erforderlich; die Arbeit wird geprägt durch Bürokommunikation, neue Medien und Präsentationstechniken. Neue Berufsfelder werden erschlossen und alte aufgegeben. Die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit ist vor allem für die gute berufliche Ausbildung tägliche Herausforderung.

Für die beruflichen Schulen fordern wir deshalb, dass

- Für den handlungsorientierten Unterricht mehr Fachräume zur Verfügung stehen
- Unterricht grundsätzlich nicht in sog. „Wanderklassen“ stattfinden sollte
- Fachunterricht grundsätzlich auch einen Fachraum vorfindet (Deutsch und Englisch sind übrigens auch Fächer! Sie sollten deshalb in einem eigens dazu eingerichteten Fachraum unterrichtet werden!)
- Unterrichtsräume grundsätzlich über natürliches Licht und Lüftungsmöglichkeiten verfügen
- bei einem Ansteigen der Schülerzahlen (der Höchststand ist nach dem vorliegenden Schulentwicklungsplan im Jahr 2008/9 erreicht) auch ein ausreichendes Raumangebot zur Verfügung steht
- die Erreichbarkeit der berufsbildenden Schulen durch öffentliche Verkehrsmittel verbessert wird
- der Aufbau zeitgemäßer Berufsfelder in Zusammenarbeit mit der ansässigen Industrie z.B. im Bereich der neuen Medien forciert wird
- dass verstärkt doppelt qualifizierende Abschlüsse (sie verbessern deutlich die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt) eingeführt werden
- die Integration von Mädchen in Männerberufen weiter Fortschritte macht

Der Schulentwicklungsplan des Rhein-Erft-Kreises beklagt zu Recht, dass die Abgänger der Sonderschulen an den Berufskollegs keine ausreichende individuelle Förderung erhalten. Hier können nur Lehrer mit sonderpädagogischer Befähigung Abhilfe schaffen.

Wir fordern daher

- Fortbildung und Weiterqualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Sonderpädagogik
- Unterstützung von Schülern aus bildungsfernen Schichten und Sonderschülern durch Sozialpädagogen
- Ganztagsangebote für besonders förderungswürdige Schülerinnen und Schüler

Auch in Bezug auf die ausländischen Schüler kommt der Schulentwicklungsplan des Rhein-Erft-Kreises zu der ernüchternden Feststellung „dass der Ausländeranteil desto geringer ist, je höher der angestrebte Bildungsabschluss ist“ (SEP, S. 74). Leider wird dadurch nur bestätigt, was wir immer schon wussten – und seit PISA wissenschaftlich bewiesen wurde: auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse bleibt unseren ausländischen Schülerinnen und Schülern der Weg zu höherwertigen Bildungsabschlüssen versagt.

Wir GRÜNE fordern daher:

- Verstärkung des Deutschunterrichts durch z.B. Ausweitung der Internationalen Förderklassen
- Verstärkte Evaluation der Deutschkenntnisse schon vor und in der Grundschule, um durch sofortige Förderung Chancengleichheit herzustellen

Der Rhein-Erft-Kreis gehört – durch seine Nähe zur Kölner Region – zu den Kreisen, die nicht nur einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen werden, auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird mindestens bis zum Ende des ersten Jahrzehnts insgesamt steigen. Die vorhandenen Schulbauten werden also nicht ausreichen, um den veränderten und gestiegenen schulischen Anforderungen und den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden. Wir meinen daher, dass es nicht richtig sein kann, mit dem Hinweis auf fallende Schülerzahlen ab 2009 auf Erweiterungsbauten ganz zu verzichten wie es der

Schulentwicklungsplan vorsieht. Gerade für unsere Region, die von einem ständigen Zuzug an Bewohnern geprägt ist, kann das die falsche Politik sein!

Die Schülerinnen und Schüler des Rhein-Erft-Kreises und seiner Kommunen brauchen im Zeitalter der Globalisierung zukunftsfeste und nachhaltige Ausbildung; dazu gehören moderne und leistungsgerechte Schulgebäude, in denen sich alle Beteiligten – auch die Lehrerinnen und Lehrer – wohlfühlen und gerne arbeiten. Dies wirkt auch dem Vandalismus an Schulen entgegen; wer sich mit seiner Schule identifiziert – dies kann auch durch Schulkleidung geschehen – wird Schulgebäude nicht mit Graffiti verunstalten, sondern vielmehr gezielt das Schulgebäude – auch mit Graffiti – verschönern.

Ein weiterer Wohlfühlfaktor ist außerdem eine angemessene Verpflegung in der Schule. Die Ganztagschule ist unaufhaltsam im Vormarsch. Eine vernünftige, leichte und gesunde Mittagsmahlzeit gehört daher mit ins Angebot einer Schule, die von Schülern wie Lehrern 8 Stunden Konzentration und Aufmerksamkeit verlangt!

Wir fordern daher

- Anpassung der Schulbauten an die veränderte Schülerzahl
- Renovierung, Erhalt Umbau und Ausbau aller Schulgebäude unter Berücksichtigung lernpsychologischer Forschungsergebnisse
- Essensangebote, Küchen, Speisesäle etc. (sicher auch unter Mitwirkung außerschulischer Anbieter)

Neben dem Erhalt von Schulgebäuden kommt dem Rhein-Erft-Kreis und seinen Kommunen auch die Aufgabe zu, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter an den Schulen einzusetzen.

Diese müssen

- aktive Gewaltprävention durch Beratung und Projektarbeit leisten
- durch Konflikttraining handlungsorientierte Perspektiven für gewaltbereite Schüler aufzeigen
- den regelmäßigen Schulbesuch durch intensive Kontakte mit den Familien gewährleisten
- Integration von deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern verbessern und Vorurteile abbauen

Einige Kommunen des Rhein-Erft-Kreises haben inzwischen das von uns immer wieder geforderte Schülerticket eingeführt. Im Rhein-Erft-Kreis gibt es für die Berufsschüler noch kein Schülerticket; die Fahrtkosten werden hier voll vom Rhein-Erft-Kreis übernommen. Da ist es ärgerlich, wenn Schüler sich das Ticket aushändigen lassen und anschließend mit dem Auto zur Schule fahren. Dies schadet nicht nur der Umwelt, sondern ist schlicht und ergreifend rausgeschmissenes Geld! Auch der freifahrtberechtigte Schüler könnte mit einem Schülerticket des Rhein-Erft-Kreises – zu dem er selbst einen kleinen Beitrag leistet – sicher, pünktlich und kostengünstig zur Schule fahren. Weil er selbst zu den Fahrtkosten etwas dazu getan hat, wird er es sich zweimal überlegen, ob er aufs Auto umsteigt. Voraussetzung ist natürlich auch hier, dass die Berufsschule mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos erreicht werden kann. Fahrtzeiten von über einer Stunde pro Strecke sind nicht hinnehmbar!

Wir GRÜNE fordern daher

- das Schülerticket für alle Schüler des Rhein-Erft-Kreises
- zumutbare Fahrtzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel zu den Berufskollegs des Rhein-Erft-Kreises

EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT SICHERN

Gerade auch in Zeiten großer Veränderungen ist das erklärte Ziel der GRÜNEN eine solidarische Gesellschaft und gerechte Sozialpolitik. Soziale Gerechtigkeit bedeutet vor allem Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen in einer Gesellschaft. Sie setzt Selbstbestimmung und Eigenverantwortung voraus, sie muss Chancen ermöglichen. Eine solidarische und sozial gerechte Politik schützt und unterstützt Menschen, die wegen Geschlecht, Alter, Herkunft oder gesundheitliche Behinderungen benachteiligt werden oder selbst nicht oder nur unzureichend in der Lage sind, ihr Leben eigenverantwortlich zu führen.

Vorrangiges Ziel wirklicher Sozialpolitik muss die Hilfe zur Selbsthilfe sein und damit die Gewährung jeglicher Unterstützung, um ein selbstständiges Leben in diesem Sinn zu führen.

Kürzungen der von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel im sozialen Bereich werden auch im Kreis zu Einschnitten bei Projekten und freiwilligen Leistungen führen. Hier wird es Ziel der GRÜNEN Kreistagsfraktion sein, die vertragliche Absicherung der Arbeit von Beratungsstellen, Initiativen und freien Träger im Bereich der freiwilligen Leistungen so weit wie möglich zu erhalten und fort zu führen.

Daneben gilt es, das Prinzip der stationären Hilfe so weit wie möglich durch ambulante Systeme zu ersetzen. Ob im Bereich der Altenpflege oder Betreuung von Menschen mit Behinderungen (Erwachsene und Kinder) – sowohl im Interesse der Integration von Betroffenen als auch aus ökonomischen Gründen streben GRÜNE hier ein Umsteuern an.

Vorsorge im Gesundheitsbereich erspart hohe Folgekosten.

GRÜNE wollen:

- Sicherung des Neubaus und des Bestandes von Sozialwohnungen
- auch für Empfängerinnen und –Empfänger des Arbeitslosengeldes II den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt fördern
- Weiterbildung ist besser als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit und Untätigkeit
- Qualitätssicherung in der Beratung der Empfängerinnen und –Empfänger des Arbeitslosengeldes II und Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt stärken
- Unterstützung der Frauenberatungsstellen
- verlässliche Finanzierung des Frauenhauses
- verlässliche Finanzierung der Schwangerschafts-Konflikt-Beratungsstellen
- Unterstützung der Arbeit mit Nicht-Sesshaften, vor allem auch der nicht sesshaften Frauen
- Ausbau der unabhängigen Beratungsstellen für Schuldnerinnen und Schuldner in den Kommunen

BEHINDERT IST, WER BEHINDERT WIRD

Nur 5% aller Behinderungen sind angeboren, alle anderen werden im Lauf eines Lebens durch Krankheit oder Unfall erworben. Der überwiegende Teil alter Menschen hat aufgrund körperlicher Schwächen ebenso mit großen Beeinträchtigungen im alltäglichen Leben zu kämpfen.

GRÜNE treten konsequent für eine aktive und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen am Gesellschafts- und Arbeitsleben ein. Integration und Assistenz bei der Bewältigung von spezifischen Problemstellungen sind die Alternative zu bevormundender Betreuung, Verwahrung, Isolierung und damit Ausgrenzung.

Konkret wollen wir im Rhein-Erft-Kreis erreichen, dass

- Betroffene in allen kommunalen Bereichen durch Beteiligung an Ausschüssen ihre Anliegen frühzeitig und wirksam einbringen z.B. durch Beiräte
- Einzelintegration von Kindern mit Behinderungen in Kindergarten und Schule wo immer möglich und gewünscht umgesetzt wird
- Abbau von Barrieren im öffentlichen Bereich die Mobilität sichert
- berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen Bestandteil bei der Auswahl von Betriebsansiedlungen wird
- betreute Wohngruppen stärker gefördert werden - Vorrang ambulanten vor stationärer Hilfe

WOHNEN UND LEBEN IM ALTER – MITTEN IN DER GESELLSCHAFT, NICHT AM RAND

Die ältere Bevölkerung setzt sich aus sehr verschiedenen Gruppen mit den unterschiedlichsten Bedürfnissen zusammen. Der Anteil alter Menschen nimmt stetig zu – hierauf muss sich kommunale Planung einstellen.

Seniorinnen und Senioren gehören in die Mitte jeder Gesellschaft, folglich ist eine je nach persönlicher Situation angemessene Berücksichtigung und selbstbestimmte Beteiligung in allen Bereichen sicher zu stellen.

GRÜNE wollen erreichen, dass

- lebendige Wohnviertel entstehen. Dazu gehört eine verstärkte Berücksichtigung altersgerechter Wohnungen, die anstelle der Heimunterbringung selbständiges Leben und Wohnen so lange wie möglich erlauben. Ergänzende ambulante Pflegestationen sichern diese Eigenständigkeit.
- verstärkte Anstrengungen bei der Beratung zur Wohnraumanpassung – die bedürfnisgerechte Umgestaltung ihrer Wohnungen ist ein wesentlicher Beitrag, selbstbestimmtes Leben im Alter aufrecht zu erhalten
- der wachsende Anteil älterer Mitbürgerinnen und –bürger aus anderen Ländern in die Seniorenarbeit durch niedrigschwellige Angebote integriert wird. Dies gilt insbesondere für Frauen, die häufig über wenig oder keine Deutschkenntnisse verfügen und daher besonders im Alter oft isoliert sind.
- ein Ausbau und kontinuierliche Förderung von Begegnungs- und Beratungseinrichtungen für Seniorinnen und Senioren der zunehmenden Bedeutung gerecht wird. Wesentlich ist hier ebenso der Aufbau aufsuchender Beratungsstrukturen für ältere Menschen mit geringen Selbsthilfepotenzialen auch im Bereich Verkehr die Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten bleibt. Dies muss bei der Planung und Ausgestaltung von Verkehrswegen durch Zusammenarbeit mit Senioreninitiativen gewährleistet werden. Fahrpläne müssen in großer Schrift verfasst werden.

KULTUR – SONST WÄCHST NIE ZUSAMMEN WAS ZUM RHEIN-ERFT-KREIS GEHÖRT

Der Begriff Kultur wird meist unklar verwendet. GRÜNE verstehen unter Kultur ein aktives und gestalten- des Eingreifen in das gesellschaftliche Leben und die Umwelt. Kultur soll den Menschen befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Für die Politik heißt dies:

- Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Entstehen kultureller Prozesse und vielfältiger Kulturprojekte fördern.
- Kulturelle und wissenschaftliche Leistungen sollen einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und präsentiert werden.
- Den Bürgerinenn und Bürgern sollen Möglichkeiten geboten werden, kulturelle Bedürfnisse und Wünsche zu nennen und ihnen nachzukommen.

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN – ÖKOLOGISCH UMBAUEN

Regionale Wirtschaftspolitik heute bedeutet das permanente Streben danach, die Auswirkungen der Globalisierung zu mildern. Vor weniger als einem viertel Jahrhundert noch standen die Kommunen einer Region miteinander in Konkurrenz, wenn es um Ansiedlung oder Standortwahrung von Industrie- und Gewerbebetrieben ging. Heutzutage aber müssen dieselben Kommunen im Schulterschluss zusammenstehen, wenn es darum geht, den regionalen Standort gegen internationale Konkurrenz zu verteidigen. Das aber gelingt nur in den wenigsten Fällen, weil Wirtschaftsförderung immer noch nach dem Prinzip handelt "das Hemd ist mir näher als der Rock".

Die GRÜNEN richten den Blick bei der Wirtschaftspolitik dagegen auf die gesamte Region. Dabei macht es keinen Sinn, neben der städtischen und sehr erfolgreichen Ansiedlungspolitik auch noch eine kreisweite Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu unterhalten, im regionalen Kontext aber die Konkurrenz der Stadt Köln außen vor zu halten. Wir fordern daher die Auflösung der nachgewiesen erfolglosen Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Erft. Stattdessen muss eine zwischen allen Kommunen der Region, einschliesslich der Stadt Köln, gleichberechtigte Politik der gemeinsamen Akquisition betrieben werden.

Gerade in einer Zeit in der alle von „Globalisierung“ reden scheint es GRÜNEN wichtig, die Wirtschaft in den Regionen im Sinne sozial-ökologischer Verantwortung zu fördern und zu stärken. Ohne gesunde Strukturen im Mittelstand wird es nicht zu gerechter Verteilung von Arbeit und Ertrag kommen, und somit auch nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Hierzu bedarf es gerade auch im Rhein-Erft-Kreis neuer Konzepte einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung. GRÜNE legen Wert auf eine Förderung, die endlich versteht und berücksichtigt, dass die sogenannten „weichen Standortfaktoren“ bei Ansiedelung von Unternehmen heute mindestens den gleichen Stellenwert wie „harte Standortfaktoren“ haben. Aus diesem Grunde streben wir an, die WFG des Kreises abzuschaffen. Die Förderung „harter Standortfaktoren“ wird durch die jeweiligen Kommunen vorgenommen. Auf Kreisebene wird eine Stiftung gegründet, deren Aufgabe die Förderung der „weichen Standortfaktoren“ ist. Das Stiftungskapital wird von Unternehmen des Kreises, den Kommunen, den Kreis und der Kreissparkasse zur Verfügung gestellt. Das hierfür notwendige Kapital wird seitens der Kommunen durch Erlöse vom Verkauf von Beteiligungsgesellschaften und sonstiger Beteiligungen realisiert, somit wird das Kapital nicht den laufenden Haushalten entnommen.

Unter „weichen Standortfaktoren“ verstehen wir:

- Schaffung von lebenswertem Wohnraum
- Gestaltung attraktiver Kulturkonzepte
- Erhaltung der Natur sowie die Erweiterung von Naturschutzgebieten
- attraktiver ÖPNV, der die einzelnen Kommunen angemessen miteinander verbindet
- Schaffung und Förderung von Konzepten einer verbesserten Unternehmens- und Unternehmerkultur
- Förderung von Bildung
- Schaffung von „Wissenscentern“ nicht nur im Bereich Technologie und Biotec
- Ermöglichung der optimalen Verbindung von Familie und Beruf

Anders als die anderen Parteien sind die GRÜNEN der Meinung, dass nur das „innovativ“ genannt werden kann, was zur Lösung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen gleichermaßen beiträgt. Wer glaubt, ökonomische Modernisierung sei ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, ohne soziale Gerechtigkeit oder ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich, irrt. Die GRÜNEN sind der Auffassung, dass nachhaltige Entwicklung und ökologische Strukturwandel zu Motoren wirtschaftlicher, staatlicher und gesellschaftlicher Modernisierung werden können und müssen. Nur in dieser Verknüpfung kann die dringend notwendige konzertierte gesellschaftliche Anstrengung gegen die Massenerwerbslosigkeit als eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre dauerhaft gelingen. Innovationen müssen dazu einen wesentlichen Beitrag leisten und sich an diesem Anspruch messen lassen.

Die GRÜNEN stehen zur heimischen Industrie. Im Gegensatz zu anderen Parteien differenzieren wir aber und sind darauf bedacht, dass jegliche industrielle Produktion zu den geringstmöglichen Lärm- und Schadstoffemissionen führt, Rohstoffverwendung und Produktionsverfahren ressourcenschonend erfolgen, die Wiederverwertung und Entsorgung gesichert ist, auf Produkte verzichtet wird, die durch weniger umweltschädliche zu ersetzen sind und die Produktpalette eine langfristige Arbeitsplatzsicherung bietet.

Frauen stehen noch immer einer strukturkonservativen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Unternehmenskultur gegenüber, die ihnen den Zugang zu Positionen versperrt, für die sie qualifiziert und leistungsfähig sind. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN streben eine Gesellschaft an, in der sowohl die Arbeit im Beruf als auch die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt ist. Daher müssen die innovativen Potenziale von Frauen Eingang in die Wirtschaftsentwicklung finden. Der Zugang von Frauen zu qualifizierten und ihren Leistungen entsprechenden Positionen muss gewährleistet werden. Die beruflichen Möglichkeiten von Frauen sollen durch die Frauenförderung und Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen verbessert werden.

Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz stehen nicht im Widerspruch zueinander. Umweltschutz und Umweltschutztechnologien sind heute eine der wichtigsten Wachstums- und Exportbranchen der Bundesrepublik. Denn nur wer umweltverträglich produziert, produziert wirklich zukunftsorientiert. Aufgrund der unübersehbaren ökologischen Folgekosten ungehemmter Umweltzerstörung, etwa durch die Zerstörung der Ozonschicht, die Vernichtung des Waldes und der Schädigung der menschlichen Gesundheit, ist es unsinnig und kurzsichtig, weiterhin gegen die Natur zu wirtschaften. Nur eine intakte Natur kann Grundlage menschlichen Wirtschaftens sein.

ENERGIEKREIS – JA BITTE !

Klimaschutz ist erstens eine umwelt- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, zweitens ein Wettbewerbsvorteil und drittens der Zukunftsmarkt schlechthin.

Soll der Rhein-Erft-Kreis weiterhin als Energiekreis eine wirtschaftliche Rolle spielen, wird es allerhöchste Zeit, in die Puschen zu kommen und endlich umzusteuern. Mit einseitiger Festlegung auf Braunkohle als alleinigem Energieträger und Wegbeißen jeder Alternative – wie zuletzt beim Gas- und Dampfkraftwerk versucht – gerät unser Kreis weiter ins Abseits.

Die GRÜNEN hatten maßgeblichen Anteil an der Verwirklichung der Pläne zur Errichtung des GuD-Kraftwerkes in Hürth. Auf allen Ebenen wurde der Bau im Chemiepark Knapsack als Alternative zur Kohleverstromung im Braunkohlerevier und die mit dem Betrieb eines GuD-Kraftwerks verbundene CO₂-Reduzierung unterstützt.

Die Erneuerbaren Energien sind Zukunftstechnologien. In dieser Branche arbeiten bereits jetzt mehr Menschen als in Atom- oder Kohleindustrie zusammen.

Die Möglichkeiten, die in der Förderung und Ansiedlung von Unternehmen zukunftsfähiger Technologien für neue, sichere Arbeitsplätze liegen, werden von allen anderen Parteien im Rhein-Erft-Kreis bisher unisono ignoriert.

Die GRÜNE Kreistagsfraktion setzt sich kontinuierlich und engagiert seit Jahren für einen Wandel der Energiepolitik im Rhein-Erft-Kreis ein.

Biomasse, Solarthermie, Windkraft, Geothermie, Brennstoffzelle – wir fordern ernsthafte Anstrengungen, die Potenziale endlich für den Rhein-Erft-Kreis zu erschließen und die Scheuklappen gegenüber neuen Chancen für Wirtschaft und Arbeitsplätze abzulegen.

GRÜNE standen mit ihrer Haltung beispielsweise zum Hürther Gaskraftwerk lange im Gegensatz zu allen anderen Parteien, die erst im Laufe des Entscheidungsprozesses die Tragweite des Projektes erkannten und auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind. GRÜNE haben damit bewiesen: So lassen sich Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik verzahnen! Keine andere Partei besitzt diesen nachhaltigen Ansatz.

Der Abbau und die Verstromung von Braunkohle ist aus Sicht von der GRÜNEN nur noch mittelfristig zu verantworten. Die Zerstörung der Elsdorfer Bürgewälder durch den Tagebau Hambach, die Zerstörung des Maas-Schwalm-Nette-Feuchtgebietes durch den Tagebau Garzweiler II sind nur die am deutlichsten sichtbaren ökologischen Argumente gegen die Tagebaue, die Problematik der Kippen- und Restseesäuerung gilt als nicht lösbar. Darüber hinaus wird die energiepolitische Notwendigkeit und betriebswirtschaftliche Rentabilität zunehmend in Zweifel gezogen: vom Öko-Institut über die Denkstudie des landesfinanzierten Wuppertal-Instituts bis hin zu mehreren Studien aus marktwirtschaftlicher Sicht zu einer klar negativen Einschätzung der mittelfristigen Kohleverstromung, wie Kleinworth-Benson für die Dresdner Bank oder dem Prognos-Institut. Für einen notwendigen Übergangszeitraum stehen jedoch

auch die GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis zur Nutzung der Braunkohle. Daher wurde auch dem Neubau des ersten BoA-Kraftwerkes in Niederaußem zugestimmt, weil dieses neue Kraftwerk effizienter ist als hierfür stillzulegende alte Anlagen. Der Planung weiterer Blöcke in Bergheim stehen wir aber kritisch gegenüber, weil damit auf einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren eine ungehemmte Kohleverstromung festgeschrieben wird, zulasten der unter ständigen Wolken lebenden Bevölkerung der anliegenden Orte. Daher lehnen wir die Erweiterung des Kraftwerkstandortes Niederaußem ab. Zentrales Thema in unserer Region ist und bleibt der Strukturwandel. Wir haben ein hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotential, dass ebensogut im Windkraftanlagenbau, im Bau von Gaskraftwerken, im Bereich der Nutzung nachwachsender Rohstoffe eingesetzt werden kann. Hier und heute die Zukunftstechniken zu entwickeln, heißt Zukunftsfähigkeit heute herzustellen. Machen wir den Rhein-Erft-Kreis zur „Nr. 1 im Bereich der umweltschonenden Energien“! Notwendig sind intelligente Energiespartetechniken und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser. Kommunale Stadtwerke als kommunale „Energiedienstleister“ können eher als monopolisierte „Stromversorger“ die notwendigen Erneuerungen leisten, von denen Handwerk und Mittelstand profitieren. Die Stromtarife sind so zu gestalten, dass das Einspeisen von Strom aus regenerativen Quellen angemessen bezahlt wird und auch die Industrie statt lächerlicher Niedrigtarife die allgemein gültigen Strompreise zahlt. Das Energieversorgungskonzept des Kreises muss umgesetzt werden.

Biomassenutzung verstärken – Mehr Hackschnitzel- und Pelletheizungen

Natürlich werden wir im Kölner Raum nicht wieder wie im Mittelalter mit Holz beheizen können, aber auch bei uns im Kreis gibt es eine Reihe von größeren öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, deren alte technisch abgängige Heizanlagen durch moderne Holzheizungen mit Hackschnitzeln oder Pellets betrieben werden können.

Ein Arbeitsplatz in der Mineralölproduktion und Verteilung wird bei gleichen Kosten durch 6 Arbeitsplätze ersetzt, wenn mit heimischen Holzprodukten geheizt wird. Gleichzeitig ist diese Heizungsart CO₂ neutral und spart in der Regel die Importenergien Öl oder Gas. Die GRÜNEN Ministerien für Wohnungsbau und Umwelt stellen mit ihren Förderprogrammen auch in 2004 und 2005 Mittel zur Unterstützung beim Bau solcher Anlagen zur Verfügung, so dass diese für die Kommunen günstig errichtet werden können.

Es ist an der Zeit sich auf die regional verfügbaren und im Überfluss vorhandenen Brennstoffe zu besinnen und diese mit modernster umweltfreundlicher Technik einzusetzen.

NACHHALTIGE CHEMIEPRODUKTION

Die Chemiepolitik der GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis erfolgt nach den Grundsätzen, dass eine aktive Chemiepolitik ein wesentlicher Bestandteil einer Politik der Nachhaltigkeit ist. Sie ist eng verzahnt mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis bejahen eine leistungsfähige, zukunftsorientierte chemische Industrie, die durch intelligente Produkte, Chemiedienstleistungen und systemintegrierte Prozesse den Energie- und Stoffeinsatz drastisch verringert, die Vielfalt der verwendeten Stoffe reduziert und neue technologische Standards auch für den Export setzt. Als Grundlage für die Planung politischer Maßnahmen ist ein Stoffstrom-Management notwendig, das Stoff- und Chemikalienströme erfaßt und ihre Minimierung fördert. Eine moderne ökologische Chemiewirtschaft arbeitet nach den Grundsätzen Stoffminimierung, Stoffrecyclinggebot und ökologisches Design von Chemikalien und Stoffen. Anstrengungen in diese Richtung werden die GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis massiv unterstützen. Chemiepolitik ist auch Produktpolitik. Neben dem umweltschädigenden und krebserzeugenden Potenzial von bestimmten Chemikalien stellt die hormonähnliche Wirkung von Substanzen eine neu erkannte Bedrohung ungeahnten Ausmaßes dar. Die Chemische Industrie muss die volle Verantwortung für ihre Produkte auch außerhalb der Werkstore übernehmen.

Ausnahmslos lehnen wir die Produktion von Totalherbiziden wie Basta und deren Vorprodukte ab, da der Einsatz heute in der Regel mit der Verwendung genmanipulierten Saatgutes verbunden ist und in den Folgen für die Umwelt unabsehbar ist.

BIONIK UND BIOTECHNOLOGIE – JA! GENTECHNIK – NEIN!

Besonders im Bereich der Bio-Techniken gilt für GRÜNE der Grundsatz: Mit der Natur nicht gegen sie.

Wenn heute von Biotechnologie die Rede ist, ist meist ausschließlich Gentechnologie gemeint.

Immer noch werden zweifelhafte Fortschrittsversprechungen durch den Einsatz von Gentechnologie gemacht, Forschung auf diesem Sektor massiv durch Steuergelder gefördert.

Ob der Hunger in der Welt, die ewige Gesundheit, das perfekt zusammengebastelte Baby aus der Reorte oder die Erdbeere, die dank Flunder-Gen Frost unempfindlich ist – dank massiver Lobbyarbeit der international agierenden Pharmaindustrie verdrängt diese Technologie zunehmende Bionische Techniken, die sich die Natur als Vorbild nehmen.

Dabei bietet die Natur ein unerschöpfliches Potenzial an Vorbildern, die in nützliche Verfahren und Techniken umgesetzt werden kann ohne die unabsehbaren Risiken, die mit den Eingriffen ins Erbgut von Pflanze, Tier oder Mensch verbunden sind.

GRÜNE stehen deshalb auch im Rhein-Erft-Kreis für die Förderung einer Gentechnik-freien Biotechnologie und Bionik als Bestandteil zukunftssträchtiger Wirtschaftsförderung. Hier gilt es, entsprechenden Firmen Perspektiven aufzuzeigen und bei der Ansiedlung Hilfestellung zu geben.

Dass der Rhein-Erft-Kreis über die Mitfinanzierung der einseitig auf Gentechnologie ausgerichteten Bio-Tec Erft als Lobbyist für diesen Wirtschaftszweig agiert, halten GRÜNE für untragbar.

GRÜNE unterstützen die Forderung nach eindeutiger Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel und lehnen entsprechende Freilandforschung wegen unkalkulierbarer Risiken für die Umwelt ab,

INNOVATIVE ANSIEDLUNGSPOLITIK

Bei der Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe sind strenge Maßstäbe anzulegen. Nicht allein die zu erwartenden Gewerbesteuererinnahmen, sondern die Umweltverträglichkeit der Produktion, möglichst geringer Flächenverbrauch, eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Produktpaletten und Dienstleistungsangebote müssen berücksichtigt werden. Auch soziale Kriterien wie Frauenförderpläne, Verzicht auf ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsintensität der Produktion, fortschrittliche Arbeitszeitregelungen und die Frage, ob die Betriebe auch ausbilden, sind zu beachten.

Eine ideale Ansiedlungspolitik in GRÜNEm Sinn hilft gleichzeitig bei der Lösung von Umwelt-, Beschäftigungs- und Wettbewerbsproblemen und fördert soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Es ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre, diese Erfolgskonstellationen umzusetzen. Der Einsatz von Solar- und Effizienztechnik etwa nützt nicht nur dem Klima und damit den nachfolgenden Generationen, sondern demonstriert auch technologische Kompetenz auf einem der wichtigsten und größten Zukunftsmärkte. In einer Kreislaufwirtschaft mit langlebigen Gütern schrumpfen nicht nur Rohstoffströme und Abfallberge, sondern es wachsen auch neue und beschäftigungsintensive Dienstleistungsbereiche wie Wartung, Reparatur, Recycling und Leasing. Die Wärmedämmung unserer Häuser vermindert nicht nur den Ausstoß von Schadstoffen, sondern reduziert auch die Energiekosten, schafft Arbeit im Bauhandwerk und senkt die Importabhängigkeit vom Erdgas und Erdöl. Zinsgünstige Kredite für Altbaurenovierung fördern Flächenschonung und Eigentumbildung gleichermaßen. Ein moderner ökologischer Landbau schont nicht nur Boden und Wasser, sondern erhält auch bäuerliche Arbeitsplätze in der Region und stellt gesunde Lebensmittel sowie nachwachsende Rohstoffe bereit. Diese wenigen Beispiele belegen die sozial und ökonomisch positive Wirkung von Innovationen.

Die GRÜNEN halten folgende Vorgaben für die Gewerbeansiedlung für sachgerecht: die Herstellung einer ausreichenden Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze durch die Kopplung von Grundstücksvergaben an eine Mindestquote von Arbeitsplätzen pro Flächeneinheit; die Sicherung eines möglichst geringen Landschaftsverbrauchs durch den Vorrang des konsequenten Flächerecyclings vor der Erschließung unbelasteter Flächen; die Sicherung einer möglichst geringen Emissionsbelastung; die möglichst weitgehende Mischung von Wohnraum, Arbeitsplätzen und Freizeitanlagen, soweit die gewerblichen Emissionen dies ermöglichen; eine energiesparende Bauweise und intensive Nutzung der Flächen durch Stockwerksbauten; die Steuerung der Vergabe von Gewerbegrundstücken durch kommunale Bodenvorratshaltung und Vermarktung dieser Flächen durch die Gemeinden oder ihre Gesellschaften.

Mit dieser hier nur beispielhaft skizzierten sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik stehen wir in klarer politischer Konkurrenz zu den Volksparteien: zur CDU, die Umweltschutz und soziale Ziele nur noch klein schreibt, und zur SPD, deren Vision vom Technikstaat, in dem Großindustrie und Politik bis in die Produktlinien hinein Absprachen treffen, in Wahrheit innovationshemmend ist.

GRÜNE setzen sich ein für:

- Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Rhein-Erft-Kreises zugunsten einer kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung

- Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas für Betriebe aus der Branche der regenerativen Energien
- Errichtung eines Müll-Heizkraftwerks in Knapsack zur Reduzierung der in Köln und Weissweiler zu verbrennenden Restmüllmenge
- Auf- und Ausbau von Fernwärmenetzen, BHKW- und anderen energiegekoppelten Anlagen
- Einstieg in die industrielle Biomasse-Nutzung
- Finanzielle und technologische Unterstützung zur Ansiedlung von Betrieben der zukunftssträchtigen Brennstoffzellentechnologie im Kreis
- Verstärkte Bemühungen zur Ansiedlung von Biotechnik-Firmen und gleichzeitig Verzicht auf die Ansiedlung von Gentechnik-Betrieben
- Unterstützung der vorhandenen TV-Kompetenz im Südkreis

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK – NACHHALTIG UND INNOVATIV

Bleiben wir realistisch: Vollbeschäftigung lässt sich auch unter optimalen Bedingungen in absehbarer Zeit nicht erreichen. Fehlendes Wirtschaftswachstum und Globalisierung führen nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kernländern Europas zu einer konstant hohen Arbeitslosigkeit mit ihren bekannten negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen. Wachstum und ökologisch fundierte Arbeitsplätze werden aber auch den Mangel an überkommenen Lohnarbeitsplätzen nur zum Teil ausgleichen.

Für Menschen, die durch den globalen Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verlieren, tragen Politik und Unternehmen gleichermaßen Verantwortung. Wir wollen uns dieser Verantwortung stellen und werden alles in unserer Macht stehende dafür tun, zum Aufbau neuer Tätigkeits- und Geschäftsfelder und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rhein-Erft-Kreis beizutragen. Der Kreis muss neue Gewerbestrukturen aufbauen, die sich auf die Ansiedlung eines vielfältigen und sauberen Gewerbes konzentrieren. Landesweit ist inzwischen klar geworden, dass Arbeitsplätze in grösserer Zahl nur noch da entstehen, wo in den ökologischen Strukturwandel investiert wird.

Die bedeutendste Herausforderung besteht heute im Übergang von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Neue Akteure treten auf den Plan: vor allem kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen mit hoher Innovationsorientierung. Eine umfassende Förderung solcher Betriebe wollen wir in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik des Kreises stellen.

Zukunftschancen bestehen besonders in den Bereichen Medien, Computersoftware, neuer Energieträger und neue Werkstoffe und nicht zuletzt in der Umwelt- und Verkehrstechnik und entsprechender Dienstleistungen.

Die Möglichkeiten für Existenzgründungen müssen umfassend verbessert werden. Das Beratungsangebot, die Qualifikationsförderung und die Schaffung eines echten Risikokapitalmarktes sind dabei zentrale Aufgaben. Entgegen der derzeitigen Praxis bei der Prüfung von Kreditanfragen soll die Bereitstellung des Risikokapitals dann schnell möglich werden, wenn die Abschätzung des wirtschaftlichen Erfolges positiv erscheint. Hierauf muss der Kreis seinen ganzen Einfluß geltend machen, insbesondere bei den ansässigen Kreditinstituten wie der kommunal getragenen Kreissparkasse.

Damit wird auch ein Beitrag zur Sicherung des finanziellen Spielraums der Kommunen geleistet, denn die Arbeitslosigkeit ist auch für die Finanzkrise der Kommunen ursächlich. Für die Städte, Kreise und Gemeinden ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine existentielle Herausforderung, soll das eigene Gemeinwesen in seinen grundlegenden Strukturen erhalten bleiben.

Beschäftigungsförderung findet im Rhein-Erft-Kreis nicht als konkrete Aufgabe einer bestimmten Stelle statt, sondern in Zusammenarbeit von städtischem Sozialamt, Personalamt, den jeweils direkt betroffenen Stellen in der Verwaltung und dem Arbeitsamt. Die organisatorische Zusammenfassung ist ein wesentlicher Schritt zur Effektivitätssteigerung, denn die Arbeitsfelder sind umfangreicher als häufig angenommen.

Mögliche Bereiche sind: Hilfen zur Arbeit (BSHG/AsS), ABM, Landesprogramme zur Beschäftigungsförderung, Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Strukturfonds (EFRE), Aktionsprogramme der EU etc. im Bereich der Fördermittelakquisition, aber auch eine qualitative Begleitung im Bereich der Projektentwicklung und generelle Beratungsangebote für Träger. Eine innovative Beschäftigungspolitik benötigt eine Beschäftigungsförderung jenseits der Reinigung von Grünflächen wie auch eine mittelfristige Perspektivplanung von Maßnahmen. Die Arbeitsinhalte müssen für die Beschäftigten sinnhaft und produktiv sein.

Derartige Maßnahmen sind auf folgenden Handlungsfeldern möglich:

- Stadteilerneuerung
- Wohnungsbau
- Umweltverbund
- Ökologie
- (Sozio-) Kultur, Freizeit und Sport.

GRÜNE setzen sich ein für:

- Kopplung der bestehenden Angebote zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt beim Kreis
- Beratung zu Stellenplatzschaffung unter Mitteleinsatz aus Landes-, Bundes- und EU-Zuschüssen
- Einflußnahme auf die Risikokapitalbereitstellung insbesondere der Kreissparkasse zugunsten von BetriebsgründerInnen
- Unterstützung überbetrieblicher Einrichtungen zum Erlangen und Vertiefen von Qualifikationen

LANDSCHAFT UND NATUR SCHÜTZEN – LEBENSQUALITÄT ERHÖHEN

Keine Partei, die sich nicht für Schutz und Förderung von Natur ausspricht – solange es unverbindlich und im Allgemeinen bleibt.

Schnell wird anlässlich konkurrierender Planungen und Entscheidungen sehr deutlich, dass es sich meist um blumige Worthülsen handelt – die alltägliche Realität ist in den allermeisten Fällen geprägt von gegenteiligem Handeln. Sei es der x-te Baumarkt auf der GRÜNEN Wiese, das Baubedürfnis Privilegierter in reizvoller Lage, die nächste Umgehungsstraße – schnell wird jeder Einwand zum Erhalt wertvoller Landschaft mit Verweis auf andere Prioritäten vom Tisch gefegt.

Das zeigt sich vor allem im Umgang mit Landschafts- und Naturschutz. Im Rhein-Erft-Kreis sind 2 % aller Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen, laut Naturschutzgesetz sind 10 % anzustreben. Mit 11% ist dieser Kreis nach wie vor einer der waldärmsten Kreis in NRW, nach Beendigung des Tagebau Hambach werden es nur noch 8 % sein. Der Landesdurchschnitt in NRW liegt bei 26%. Vorhandene Landschaftsschutzgebiete werden durch Bauvorhaben der Städte und Freizeitzentren stetig verkleinert.

Auf der Strecke bleiben dabei nicht nur Tiere und Pflanzen, die zurück gedrängt und ausgerottet werden. Auch Menschen, die Wert auf eine gesunde Umwelt und intakte Natur legen, haben das Nachsehen.

Zunehmende Versiegelung von Böden, intensive Landwirtschaft, wachsender Individualverkehr verlangen nach sorgfältigerem Umgang mit dem Verbrauch der natürlichen Ressourcen. Auch das steigende Bedürfnis nach Orten zum Auftanken und Entspannen in artenreicher Natur spricht für eine andere Schwerpunktsetzung in den Planungen des Rhein-Erft-Kreises.

Hier hat der Kreis als untere Aufsichts- und Planungsbehörde eine große Verantwortung.

Der Kreis setzt die gesetzliche Pflichtaufgabe Landschaftsplanung um, die folgende Ziele hat:

- Biotopschutz und –management
- Ausbau für die naturnahe Erholung
- Verbesserung des Landschaftsbildes
- Bodenschutz
- Klimaverbesserung/Immissionsschutz und Freiraumschutz

Das bedeutet: angesichts zunehmender Verkehrs-, Siedlungs- und Gewerbeflächen kommt einem intelligenten Flächenmanagement, das die unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Interessen effizient und dabei schonend für Natur und Landschaft berücksichtigt, immer größere Bedeutung zu.

Weil GRÜNE diese Ziele ernst nehmen, setzt sich die Kreistagsfraktion ein für

- Ausreichende Personalausstattung des Kreisamtes für Planung und Naturschutz, die den umfangreichen Pflichtaufgaben sowie der Kooperation mit den Städten gerecht wird – in den letzten 5 Jahren hat hier eine drastische Reduzierung statt gefunden
- Stärkerer Schutz der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete
- Biotopverbund ökologisch wertvoller Flächen

- Erstellung eines Katasters der Ausgleichsflächen
- Umweltgerechte Tourismus-Konzepte: Freizeit mit der Natur, nicht gegen sie
- Unterstützung des ökologischen Landbaus
- Aktiver Einsatz für Klimaschutz
- Deutliche Erhöhung der Naturschutzflächen im Rhein-Erft-Kreis (jetzt: 2,24 %)

Perspektiven für die Landwirtschaft im Rhein-Erft-Kreis

Die Landwirtschaft steht auch im Rhein-Erft-Kreis vor einer aus vielen Gründen zunehmend schwierigen Situation. Deswegen sollten alle Optionen zusätzliche Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erzielen genutzt werden. Angesichts des drohenden Falls der Zuckermarktordnung ist das für die Rübenbauern und für die Beschäftigten der Zuckerindustrie im Rhein-Erft-Kreis eine zukunftssichernde Aufgabe. D.h. dass auch im Rhein-Erft-Kreis die wirtschaftlichen und ökologischen Potentiale, die in der Herstellung biogener Treibstoffe liegen aufgegriffen werden. Durch die langfristige steuerliche Befreiung biogener Treibstoffe, durch das zu erwartende Beimischgebot der EU ist ein langfristig stabiler Markt zu erwarten. Wenn dabei ein wichtiger Teil der Wertschöpfung im Rhein-Erft-Kreis bleiben soll müssen hierfür jetzt die Weichenstellungen vorgenommen werden.

Wir sprechen uns dafür aus, dass in allen Kommunen im Rhein-Erft-Kreis geprüft wird, inwieweit die kommunalen Fuhrparke und die für die Kommunen tätigen Transportunternehmen –bei Kostenneutralität - auf in der Region hergestellte biogene Treibstoffe umsteigen können.

UMWELTGERECHTE ABFALLWIRTSCHAFT

Am 06. Oktober 1996 wurde mit dem Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes die Geburtsstunde der Kreislaufwirtschaft gefeiert und hohe Erwartungen damit verbunden.

Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde folgende Priorisierung vorgeschrieben:

- In erster Linie sind Abfälle zu vermeiden.
- In zweiter Linie sind Abfälle stofflich zu verwerten oder zur Gewinnung von Energie zu nutzen (sog. Energetische Verwertung).
- Abfälle, die nicht verwertet werden, sind dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und unter Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Die wirksame Abfallentsorgung setzt eine Planung voraus, die der ganzen Komplexität des Entsorgungsvorgangs unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Abfallplanung ist damit Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge mit der Aufgabe, Entsorgungssicherheit zu schaffen, Überkapazitäten zu vermeiden und durch eine flexible Ausgestaltung der Struktur zukünftige Optionen zu ermöglichen.

Der Begriff der "Abfallvermeidung" umfasst die Handlungsmöglichkeiten, die darauf gerichtet sind, ein Entstehen von Abfällen bereits im Produktionsprozess zu verhindern bzw. den Anfall von Abfällen so gering wie möglich zu halten. Damit können Maßnahmen der Abfallvermeidung sowohl bei den Produzenten als auch in den privaten Haushalten umgesetzt werden. Die Abfallvermeidung ist vorrangiges Ziel der Abfallwirtschaft. Nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie des Landesabfallgesetzes NRW haben Abfallvermeidung und Abfallmengenreduzierung Vorrang vor der Verwertung. Abfallvermeidung ist besser als energieintensive Abfallverwertung und hat daher absoluten Vorrang.

Neben der Reduzierung der Abfallmengen (quantitative Vermeidung) ist die qualitative Vermeidung ein weiteres wichtiges Ziel der Abfallwirtschaft. Hierunter sind Maßnahmen zur Reduzierung der Gefährlichkeit von Abfällen zu verstehen. Durch Substitution und Verzicht auf besonders umweltbelastende Produkte oder Produktinhaltsstoffe wie z.B. PVC-Einwegflaschen, cadmiumhaltige Pigmente oder bromhaltige Flammschutzmittel können schädliche Auswirkungen bei der Entsorgung oder Wiederverwertung vermieden werden.

Produktion, Handel und Dienstleistung sowie die Verbraucher beeinflussen bisher am stärksten und unmittelbar nach den Gesetzen der Marktwirtschaft Art und Umfang der entstehenden Abfälle. Dabei nehmen sie die Entsorgung als Dienstleistungsangebot in Anspruch. Eine gezielte Abfallberatung soll das Verhalten der Verbraucher beim Kauf und Gebrauch von Gütern positiv beeinflussen. Das Abfallberatungssystem in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises ist daher noch auszubauen, damit tatsächlich eine effektive Abfallvermeidung erfolgt.

Dabei sind auch z.B. die negativen Auswirkungen der Verpackungsverordnung im Hinblick auf eine einseitige Bevorzugung der Verwertung anstelle einer gezielten Vermeidung anzusprechen. Hier sind vor

allem die hohen Kosten für die Erfassung und Sortierung von DSD-Abfällen negativ zu bewerten, die von den privaten Haushalten erbracht werden müssen, obwohl vielfach keine werkstoffliche Verwertung mehr erfolgt. Die statt dessen vielfach praktizierte thermische Verwertung, z.B. in Zementwerken erfolgt dann oft noch bei geringeren technischen Standards als in den herkömmlichen Hausmüllverbrennungsanlagen.

Um eine wirksame Abfallvermeidung zu erreichen, wird ein verstärkter Gebrauch behördlicher Steuerungsmechanismen erforderlich. Neben informellen und restriktiven Vorgaben sollen sich die Gemeindeverwaltungen daher auch elementare Marktgesetze zu Nutze machen. Das bedeutet, dass neben verstärkter Information und Beratung deutlichere finanzielle Anreize als bisher für eine Abfallvermeidung über Müllsatzung und mengenbezogene Müllgebühren geboten werden müssen, etwa durch Abfallverwiegung. Die Gebührensatzung sollen so ausgestaltet sein, dass eine verursachergerechte Gebühr pro Einwohner ermittelt werden kann. Die Möglichkeiten zu einer Gebührenreduktion durch Abfallvermeidung dürfen allerdings nicht so groß sein, dass ein starker Anreiz zu einer illegalen Abfallentsorgung entsteht; dies spricht grundsätzlich für einen hohen Anteil der Grundgebühr.

Die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Konstanz der Hausmüllmengen trotz starker Wertstoffverfassung zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen der Abfallberatung noch intensiviert werden müssen. Schwerpunkt sollten hier insbesondere die Verwendung abfallarmer Produkte, die verstärkte Nutzung von Mehrweggeschirr bei Festveranstaltungen und die Förderung der Eigenkompostierung sein. Die Verstärkung derartiger Initiativen ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache notwendig, dass zwar eine Vielzahl von Verpackungen den 'GRÜNEN Punkt' als Zeichen für eine Verwertung trägt, tatsächlich aber eine beträchtliche Menge doch als Abfall zur Beseitigung anfällt.

Im ehemaligen Tagebau Vereinigte Ville befindet sich mit den Deponien von RheinBraun und InfraServ (ehemals Hoechst), der Hausmülldeponie der Stadt Köln und den Altlasten der UK (heute DEA) die größte zusammenhängende Deponiefläche der Republik. Mit der vorgeschriebenen Verbrennung der nichtverwertbaren Anteile des Mülls geht eine Abnahme der zu deponierenden Müllmenge einher. Daher ist fraglich, ob das in der Ville angebotene Deponievolumen den heutigen Notwendigkeiten noch entspricht oder nur zu einer unnötigen Verlängerung der Laufzeiten führt. Die jährliche Verringerung der Müllmenge sollte zu einer Reduzierung des angebotenen Deponievolumens führen. Daher setzen sich die GRÜNEN dafür ein, die abschließende Höhe der Deponien zu senken.

Der Rhein-Erft-Kreis ist dabei, für die Jahre ab 2005 ein neues Abfallwirtschaftskonzept umzusetzen. Die GRÜNEN im Rhein-Erft-Kreis setzen sich nachdrücklich dafür ein, dass aller Transport von der Sammelstelle zu Verwertungs- und Verbrennungsanlagen ausschliesslich über ökologisch und verkehrslastisch sinnvollen Schienentransport erfolgt. Die GRÜNEN unterstützen das Bestreben der InfraServ Knapsack zur Errichtung einer Verbrennungsanlage für hochenergetischen Müll zur Dampferzeugung für die dort ansässigen Chemieanlagen.

VERKEHR: LIEBER MIT BUS UND BAHN FAHREN ALS IM STAU STEHEN

Die Trennung von Arbeit, Wohnen und Freizeit und die Bevorzugung des Autoverkehrs haben zu erheblichen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Problemen geführt. Es wird trotz erfolgreicher Öko-steuer noch immer von erheblichen Zuwächsen beim Pkw- und Lkw-Verkehr für die nächsten Jahre ausgegangen. Der Verkehrsentwicklungsplan des Rhein-Erft-Kreises war schon sehr zurückhaltend hinsichtlich der Zielsetzung, mehr Verkehr auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes zu bringen – also Laufen, Radeln, Bus- und Bahn benutzen. Unter der aktuellen konservativen Mehrheit wurden die Ziele noch einmal reduziert. Es regiert der alte Autowahn: Ausgaben für den Bus müssen herunter gefahren werden, die Ausgaben für Ortsumfahrungen werden eingefordert.

Das Szenario einer nachhaltigen und gerechten Verkehrspolitik im Rhein-Erft-Kreis bleibt aber klar: Wir müssen die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr stärken.

In dieser Hinsicht begrüßen wir ausdrücklich beispielsweise die Bemühungen des Chemieparks in Knapsack ein regionales Güterverkehrszentrum aufzubauen, mit dessen Hilfe viele Güter – auch und gerade Gefahrgute – auf die Schiene gestellt werden. Nur durch eine intelligente Logistik unter Einbezug der Schiene und der Binnenschifffahrt sowie durch die Verteuerung der Straßennutzung wird der Lkw-Horror auf den Straßen bekämpft werden können.

Der öffentliche Personennahverkehr ist im Rhein-Erft-Kreis vor allem auf das Megazentrum ausgerichtet. Fast alle Schienenverbindungen sind radial auf Köln zurecht geschnitten. Die Fahrt aus dem südlichen Kreisgebiet in die Kreisstadt geht noch immer am günstigsten über Köln Hbf. Wir bleiben als GRÜNE bei unserer Zukunftsvision einer Nord-Süd-Schienenverbindung für den Personenverkehr, die alle auf Köln ausgerichteten Schienenverbindungen untereinander verbindet und auf zur Zeit anders genutzten Schienentrassen verläuft.

Der Busverkehr im Rhein-Erft-Kreis muss auf wenige, klar und schnell geführte Linien reduziert werden. Die Aufgabe der Ortserschließung ist Aufgabe der Kommunen und muss von diesen am besten durch Stadtbussysteme umgesetzt werden.

Die Einführung des Schülertickets wird von den GRÜNEN ausdrücklich begrüßt. Wir hoffen auf eine rege Nutzung.

Die Nutzung des Fahrrads als kostengünstiges und im Bereich der Fahrten bis 20 Kilometer schnelles Verkehrsmittel ist noch immer starken Widerständen ausgesetzt. Sichere Stellmöglichkeiten fehlen ebenso wie beispielsweise Dusch- und Umkleidemöglichkeiten an den Arbeitsstätten. Radwege ohne Schlaglöcher sind die Ausnahme. Radwegführungen ohne Unterbrechungen sind auch im „fahrradfreundlichen“ Rhein-Erft-Kreis nicht selbstverständlich.

In den Kommunen brauchen wir eine Verkehrspolitik aus Sicht der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer. Also aus Sicht derer, die zu Fuß gehen oder Rad fahren.

Das Rad Fahren muss neben dem Laufen die selbstverständliche Fortbewegungsform werden. Hierzu sind sichere und durchgehende Wegeverbindungen ebenso notwendig wie Sicherheitsstreifen an den Hauptverkehrsstraßen, die Öffnung der Einbahnstraßen, Fahrradstraßen, wo es möglich ist und innerorts eine Radwegführung in den Kreisverkehren. Wir brauchen in den Kommunen Radstationen für einen sicheren Übergang Fahrrad – Bahn., insgesamt also eine Verkehrspolitik aus Sicht der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer.

Eine ganz besondere Sorgfalt verdient die Sicherung der Verkehrssicherheit für Kinder. Die Einrichtung der Kinderunfallkommission unter Einbindung des Kinderschutzbundes, der Polizei und der Ordnungsämter hat sich bewährt. Diese Einrichtung muss Standard in allen Kommunen und auch im Kreis werden.

Hinsichtlich des motorisierten Verkehrs ist in der Vergangenheit schon viel gemacht worden. Straßen wurden und werden ausgebaut, Schlaglöcher schnell beseitigt, Laub und Schnee entfernt; Selbstverständlichkeiten, die für Rad- und Fußwege nicht gelten. Dennoch verlangt die Lobby der mobilitätsbehinderten sich fahrenden Lasser immer neue Straßen. Inzwischen erkennt auch der ADAC, dass ein weiterer permanenter Straßenneubau die Lösung nicht sein kann. Als GRÜNE akzeptieren wir in sehr begründeten Einzelfällen den Straßenneubau als Entlastung für stark belastete Innerortslagen. Wichtiger als der Neubau ist aber die Ertüchtigung von Kreuzungen der schon vorhandenen Umgehungsstraßen und die Lärmentlastung und Beruhigung der Innerortsstraßen. Hierzu können Kreisverkehre aber vor allem auch die Überwachung von Geschwindigkeitsbegrenzungen dienen. Wir werden uns im Rhein-Erft-Kreis für einen massiven Ausbau stationärer und mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen einsetzen. Geschwindigkeitsübertretungen sind kein Kavaliersdelikt sondern versuchte Körperverletzung.

DIE KOMMUNE: MUFFIGE BEHÖRDE ODER „ICH-BIN-EUER-BÜRGERMEISTER-AG“

Die Krise der öffentlichen Finanzen hat – natürlich – auch nicht vor den Stadttoren haltgemacht. Viele Kommunen sind trotz verscherbeln des Tafelsilbers in der Haushaltssicherung gefangen, die ihnen einschneidende Sparmaßnahmen abverlangt. Der Hinweis auf die Globalisierung und die Sparpolitik von Bund und Land, darf nicht als Anlass genommen werden, sich vor Ort vor der Verantwortung zu drücken. Nach wie vor können wir wir in der Kommunalpolitik handeln. In Nordrhein-Westfalen wird in nächster Zeit das kommunale Haushaltsrecht auf eine kaufmännische Buchführung umgestellt. Investitionen – wie zum Beispiel eine neue Turnhalle – werden dann wie in jedem Betrieb als Vermögen erfasst und verschwinden nicht mehr im großen schwarzen Loch. Die bisherige Kameralistik ist aus unserer Sicht obskur. Stellen Sie sich vor: Sie kaufen ein Auto und haben eine Menge Ausgaben. Nach drei Jahren haben Sie das Auto abbezahlt. Nach der Kameralistik ist das Auto nun wertloses Inventar, kaufmännisch aber ist das Auto ein wieder verkaufbarer Wertgegenstand. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass kommunale Haushalte derzeit keine Auskunft über ihre Vermögenswerte geben können. Dies kann bedeuten, dass die Kommunen nicht so stark verschuldet sind, wie aktuell diskutiert wird.

GRÜNE stehen dafür, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Bewirtschaften budgetierter Einzelprojekte zu ermöglichen. Dies fördert die Eigenverantwortung und Motivation, schafft Bewertungsmaßstäbe und Leistungskriterien. Wir setzen uns dafür ein, das öffentliche Dienstrecht so umzubauen, dass der Bewährungsaufstieg durch eine leistungsorientierte Bewertung ersetzt wird.

Gegen das aktuell praktizierte Stelleneinsparen mit dem Rasenmäher wird sich GRÜNE Personalentwicklungspolitik durch einen konzeptionellen Ansatz abgrenzen, der mit der Personalvertretung und den Gleichstellungsbeauftragten abgestimmt ist.

Wir wollen eine Ebene in der Verwaltung einsparen. Es reicht unterhalb der Dezernentenebene mit Abteilungsleitungen zu arbeiten und dafür die Fachbereichs- oder Amtsleiterenebene aufzuheben.

GRÜNE erwarten unter diesen Voraussetzungen, dass in der Verwaltungsspitze auch GRÜNE tätig sein müssen. Denn ohne Personal in der Steuerungsebene der Verwaltung kann Kommunalpolitik auf Dauer nicht erfolgreich sein.

Innerhalb Nordrhein-Westfalens sollen die untere staatliche und die überregionale kommunale Ebene in den drei Bezirken Ruhrgebiet, Westfalen und Rheinland zusammengefasst werden.

Wir möchten die Landkreise und kreisfreien Städte zu einer neuen überörtlichen kommunalen Ebene zusammenfassen, den Regionen. Im Bezirk Rheinland wären dies die Regionen Köln, Düsseldorf, Aachen und Bonn.

Die bisher kreisangehörigen Kommunen und die bisher kreisfreien Städte bleiben als Kommunen in den Regionen die unterste Ebene.

Dieses Programm wurde durch die Kreismitgliederversammlung am 28. Februar 2004 einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen. Es wird als PDF-Datei auf der Homepage des Kreisverbandes zur Verfügung gestellt.

v.i.S.d.P.: Johannes Bortlitz-Dickhoff (Geschäftsführer)

Bündnis 90 / Die Grünen

Kreisverband Rhein-Erft-Kreis

Post: Pf 1280, 50302 Brühl

Homepage: www.gruene-rhein-erft-kreis.de

Email: info@gruene-rhein-erft-kreis.de

Telefon: +49 22 32 76 00 52

Telefax: +49 22 32 76 00 52